

Die Lage ist schlecht – die Erwartungshaltung an die Regierenden in Schwerin und Berlin ist hoch!

Jahresausblick 2025 – Ergebnisse der VU-Verbandsumfrage

Herausgeber:

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V. (VU)

Die VU ist der Dachverband von derzeit 60 Arbeitgeber-, Wirtschafts-, Fach- und Regionalverbänden. Mit über 7.800 Mitgliedsunternehmen und deren 340.000 Beschäftigten vertritt die Vereinigung als Dachorganisation der Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern deren Interessen gegenüber Landes- und Bundespolitik, Verwaltungen sowie gegenüber Medien und Öffentlichkeit.

Die VU ist zugleich die Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) sowie die Landesvereinigung der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Autor:

Jens Matschenz

matschenz@vumv.de

0385-6356-201

Inhaltsverzeichnis

Umfragebasis	4
1. Stimmungslage.....	5
2. Geschäftserwartungen.....	7
3. Beschäftigung.....	8
4. Investitionen.....	10
5. Zusatzfrage 1: Welche der folgenden Maßnahmen muss eine neu gewählte Bundesregierung zuerst in Angriff nehmen?	11
6. Zusatzfrage 2: Welche Schulnoten würden Sie der Landesregierung für deren Unterstützung der Wirtschaft in MV geben?	13
7. Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2025.....	15
8. Zusammenfassung und Fazit	16

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Stimmungslage in den Unternehmen mit Blick auf 2025	5
Abbildung 2: Erwartete Umsatz- und Geschäftsergebnisse für 2025.....	7
Abbildung 3: Voraussichtliche Beschäftigungsentwicklung 2025	8
Abbildung 4: Entwicklung der Investitionen 2025.....	10
Abbildung 5: Ranking dringender Maßnahmen einer neu gewählten Bundesregierung.....	11
Abbildung 6: Benotung der Wirtschaft für die Landesregierung	13
Abbildung 7: Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2025	15

Umfragebasis

Die Umfrage zum VU-Jahresausblick wird jährlich im Dezember durch die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V. (VU) unter ihren Mitgliedsverbänden durchgeführt.

An der Umfrage beteiligten sich **19 Verbände, ein Drittel der VU-Mitgliedsverbände:**

- AGV NORD Allgemeiner Verband der Wirtschaft Norddeutschlands e. V.
- bpa – Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. CDH im Norden - Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb e.V.
- BVCD/MV Bundesverband der Campingwirtschaft in Deutschland/ Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- BdK Bund der Kaufleute e. V.
- CDH NOW! – Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb e.V.
- Verband der Automatenkaufleute Berlin und Ostdeutschland e.V.
- DEHOGA Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- GaLaBau MV Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Handelsverband Nord e. V.
- ITGA Industrieverband Technische Gebäudeausrüstung und Energietechnik Nord e. V.
- RdA - Ring der Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister e. V.
- NORDERNÄHRUNG Arbeitgeberverband der Ernährungsindustrie Hamburg / Schleswig-Holstein / Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- NORDMETALL Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie e. V.
- UVMB Unternehmerverband Mineralische Baustoffe e. V.
- Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e. V.
- Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e. V.
- VBGU Verband Bergbau, Geologie und Umwelt e. V.
- VBU MV Verband der Bildungsunternehmen e. V.
- VgH Verband gebäudetechnischer Handwerke e. V.

1. Stimmungslage

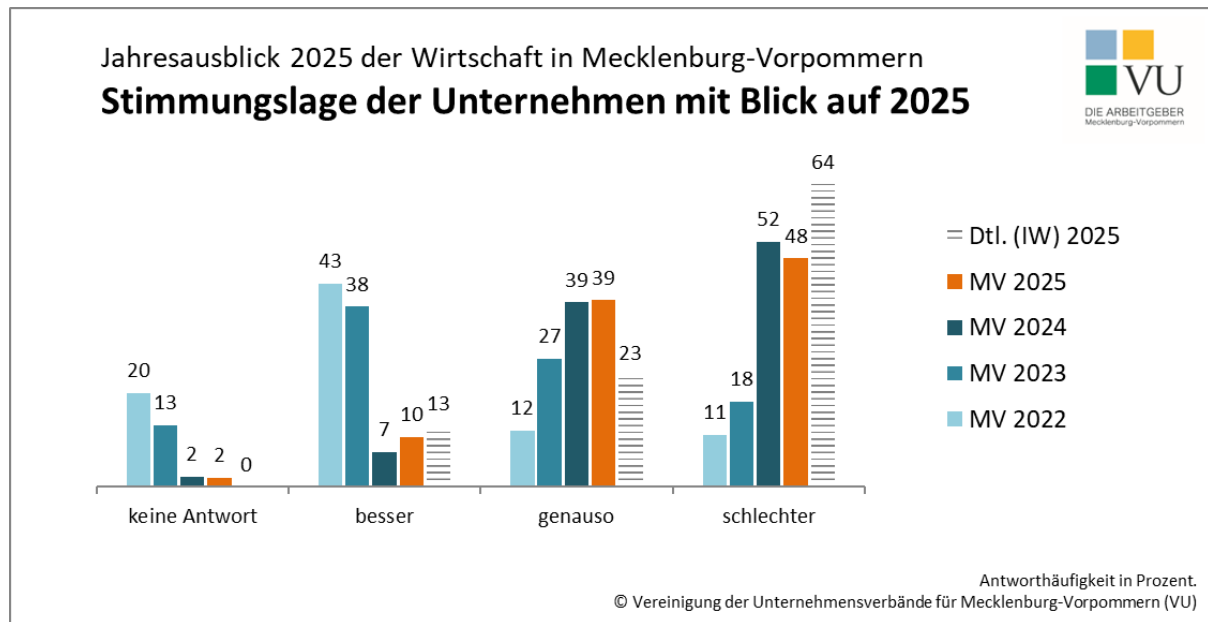


Abbildung 1: Stimmungslage in den Unternehmen mit Blick auf 2025

Weiterhin schlechte Stimmung in der Wirtschaft

Die allgemeine Stimmung unter den Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern hat sich seit der letzten Jahresausblick-Umfrage nicht deutlich verbessert. Sie ist für das Jahr 2025 überwiegend von Pessimismus und teilweise von Zurückhaltung geprägt.

Ende 2023 bewerteten 52 % der Verbände die Stimmung in ihrem Wirtschaftsbereich deutlich schlechter als im Jahr davor.

Für 2025 ist der Anteil der Pessimisten nun zwar leicht um 5 Prozentpunkte zurück gegangen, aber immer noch sehr hoch.

Verteilung der Stimmungslage:

- 48 % der Verbände blicken pessimistisch auf das kommende Jahr und erwarten eine Verschlechterung der Lage ihrer Unternehmen.
- Wie im Vorjahr gehen 39 % von einer gleichbleibenden Situation aus.
- Nur knapp 10 % der Verbände sind optimistisch und erwarten eine Verbesserung.

Die Zahlen deuten auf eine gewisse Stabilisierung der Erwartungen hin, wenngleich auf einem niedrigen Niveau.

Die Stimmungslage variiert zudem stark zwischen den verschiedenen Branchen.

Die Stimmung in der **regionalen Wirtschaft** ist weiterhin schlecht. Laut dem **UV Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin** sei die Wirtschafts-

lage nicht gut. Monika Brüning, Regionalleiterin Schwerin, sagt: „Investitionen von Bestandsunternehmen oder Neuansiedelungen – so sehr erwünscht im Rahmen der Industriestrategie MV – werden nur bis zum Anbieten und Verkauf von Grundstücken unterstützt. Die Rahmenbedingungen sind jedoch nicht empfehlenswert und wettbewerbsfähig.“

Die **Baustoffwirtschaft** schätzt ein, dass die Stimmung schlechter geworden sei. „Nach zwei Jahren mit deutlichen Rückgängen in der Produktion gibt es auch für 2025 keine Ansätze für eine wirtschaftliche Erholung. Das hohe Preisniveau bei Energie-, Bau- und Materialkosten wirkt investitions hemmend. Auch Investitionen in Anlagen und Geräte werden zurückgestellt. Die nächste Runde der CO₂-Besteuerung 2025 (von 45 auf 55 Euro pro Tonne) wird zu weiter steigenden Preisen führen.“ (Geschäftsführer Bert Vulpius, **UVMB**)

Der Geschäftsklimaindex bei den **gebäudetechnischen Handwerkern** sei laut dem **VgH** zwar rückläufig, aber bedingt durch Energiewendethemen vergleichsweise noch gut. „Jedoch wächst die Unsicherheit bei den Kunden und Partnern“, sagte Verbandspräsident Olaf von Müller.

In der Tourismuswirtschaft hat sich die Stimmungslage deutlich verschlechtert. Der **DEHOGA MV** schätzt ein: „Die Stimmungslage ist dramatisch eingebrochen. Das Scheitern der Ampelregierung mit ihrer katastrophalen Wirtschafts-

politik, starke Inflation mit massiven Kostensteigerungen an allen Ecken und Enden, zunehmende Unsicherheit ob aktueller sowie zukünftiger politisch-wirtschaftlicher Rahmenbedingungen (anhaltender Fach- und Arbeitskräftemangel, überbordende Bürokratie und die Steuererhöhung auf Speisen im Restaurant) und der spürbare gesamtwirtschaftliche Einbruch drücken massiv auf die Stimmungslage der Unternehmen.“ (Matthias Dettmann, Hauptgeschäftsführer **DEHOGA MV e.V.**)

Die **Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister** sehen außerordentlich angespannt auf das neue Jahr. „Während die laufenden und sich weiter anbahnenden Transformationsprozesse deutliches Handlungspotenzial für unsere Verbandsmitglieder in sich tragen, führen die unklaren politischen Rahmenbedingungen zu großer Verunsicherung.“ (Torsten Edlich, Vorsitzender des Landesverbandes **RdA, Ring der Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister**)

Die Mehrheit der Unternehmen im **Einzelhandel** schätzt die Allgemeine Stimmungslage für 2025 als schlechter als bisher ein. Nur 15% der teilnehmenden Unternehmen erwarten eine bessere Stimmung im Jahr 2025. (**BdK, Bund der Kaufleute**)

Schlechte Stimmung herrscht ebenfalls in der **M+E-Branche**. Der Arbeitgeberverband **NORDMETALL** schätzt die Stimmungslage seiner Mitgliedsunternehmen für das nächste Jahr

kritisch ein. Viele Unternehmen kämpfen mit schlechten Standortbedingungen und einer hohen Zahl an Insolvenzen. Zudem denken mehr Firmen als je zuvor über Produktionsverlagerungen in das Ausland nach.

Trotz der überwiegend schlechten Stimmung gibt es jedoch auch positive Signale:

- Der leichte Rückgang des Pessimismus im Vergleich zum Vorjahr könnte auf eine beginnende Stabilisierung hindeuten.
- Einige Branchen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, zeigen sich robust gegenüber den allgemeinen Trends.
- Die Zunahme der Unternehmen, die eine gleichbleibende Situation erwarten, kann als Zeichen für eine gewisse Marktberuhigung interpretiert werden.

Optimisten:

- Technische Gebäudeausrüster (teilweise)
- M+E-Unternehmen (teilweise)

Pessimisten:

- Baustoffwirtschaft
- Bildungsunternehmen
- Tourismuswirtschaft
- Einzelhandel
- Automatenwirtschaft
- Arbeitsmarkt-DL

2. Geschäftserwartungen

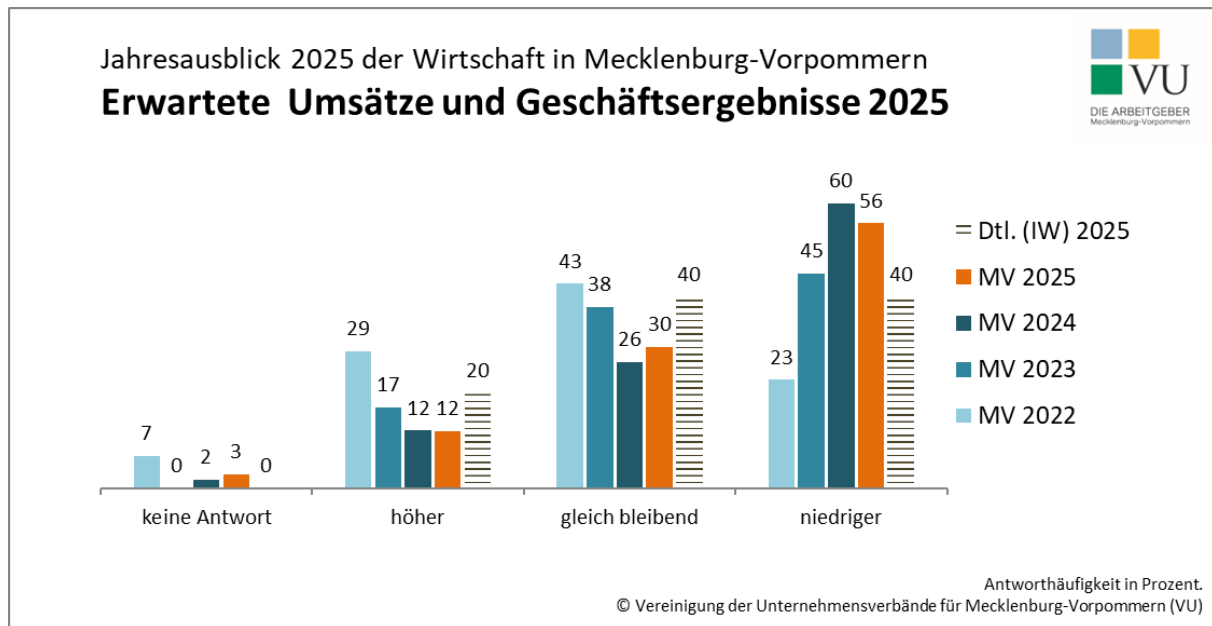


Abbildung 2: Erwartete Umsatz- und Geschäftsergebnisse für 2025

Keine Wende bei Umsatz- und Geschäftserwartungen

Die Geschäfts- und Umsatzerwartungen spiegeln die allgemeine Stimmungslage wider, zeigen jedoch eine differenziertere Perspektive.

56 % der Unternehmen erwarten wesentlich niedrigere Geschäftsergebnisse. Dass mehr als die Hälfte der Verbände mit rückläufigen Umsätzen und Geschäftsergebnissen rechnet, ist ein deutliches Zeichen für die wirtschaftlichen Herausforderungen, denen sich die meisten Unternehmen gegenübersehen.

Die Erwartungen variieren stark zwischen den verschiedenen Branchen. Besonders pessimistisch zeigen sich die **Baustoffbranche** sowie die **GaLa-Bau**-Unternehmen, wo fast alle Unternehmen niedrigere Umsätze erwarten. Ähnlich kritisch ist die Erwartung bei den **Arbeitsmarktdienstleistern**.

Der **Baustoffverband UVMB** erwartet etwas niedrigere Umsätze, 5% unter Vorjahresniveau. „Bei Produktionsrückgängen von circa 15 % müssen die steigenden Kosten abfedert werden. Lohnsteigerungen von circa 4 %, Steigerung der Energie-, Bau-, Material- und Grundstückskosten müssen an den Endverbraucher weitergegeben werden.“ (Verbandsgeschäftsführer Bert Vulpius)

Der **DEHOGA MV** befürchtet ein schlechtes Geschäftsjahr: „[...] Drohende Massenentlassungen, Werksschließungen und Insolvenzen in vielen Wirtschaftsbereichen werden gravierende Auswirkungen auf das Konsumklima haben. Urlaub und

das Essen im Restaurant gehören nicht zum Grundbedürfnis und werden bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen der Gäste im Abwägungsprozess den notwendigen Ausgaben zum Opfer fallen.“ (Matthias Dettmann, Hauptgeschäftsführer **DEHOGA MV e.V.**)

Der **Einzelhandel** (Ramona Arfert, Geschäftsführerin Bund der Kaufleute) schätzt ein: „Etwas mehr als die Hälfte der an der Umfrage teilnehmenden Betriebe erwarten niedrigere Geschäftsergebnisse als im Jahr 2025. Hier widerspiegelt sich auch die schlechte Stimmungslage. Immerhin erwarten etwa 1/3 der Unternehmen höhere Ergebnisse.“

Optimisten:

- Pflegeunternehmen (teilweise)
- Einzelhandel (teilweise)

Pessimisten:

- Tourismus
- Baustoffwirtschaft
- Automatenwirtschaft
- GALA-Bau
- Technische Gebäudeausrüster
- Bildungsdienstleister
- Handel (teilweise)
- Arbeitsmarkt-DL

3. Beschäftigung

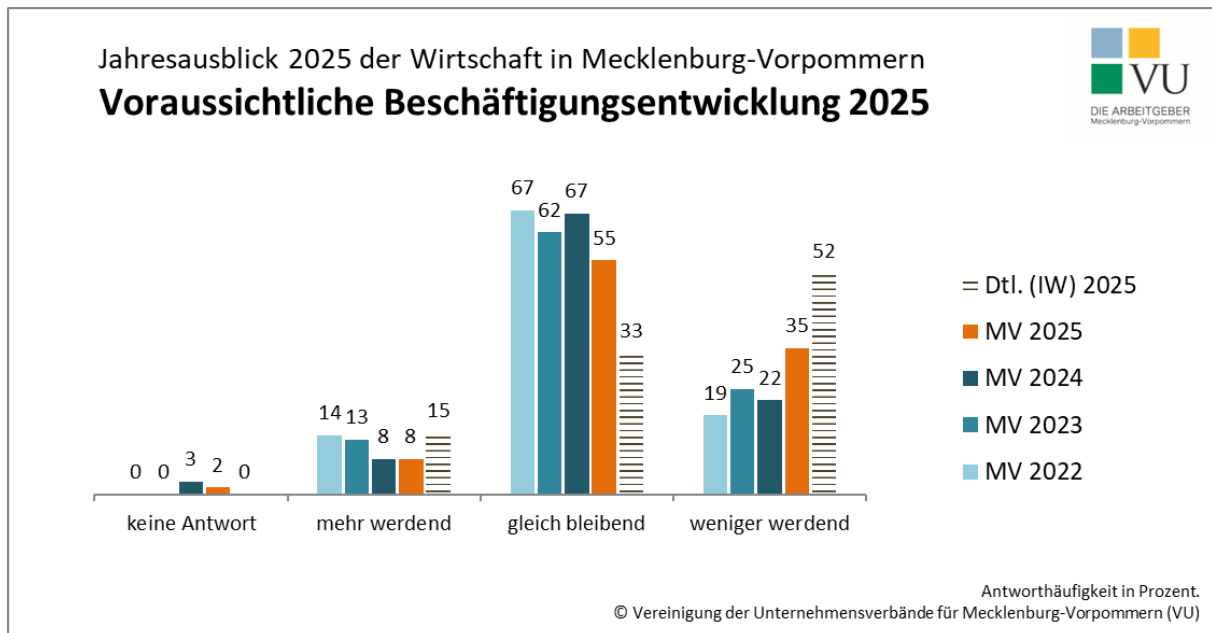


Abbildung 3: Voraussichtliche Beschäftigungsentwicklung 2025

Warnsignale bei weiterhin stabiler Beschäftigung

Die Beschäftigungserwartungen der Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2025 tendieren wieder deutlich zur Stabilität, lassen jedoch gegenüber dem Vorjahr nach.

Der Anteil der Unternehmen, die Beschäftigungsabbau erwarten oder nicht ausschließen, steigt von einem Fünftel auf ein Drittel. Dieser Anstieg fällt allerdings im Vergleich zu bundesweiten Befürchtungen um massiven Stellenabbau, vor allem in der Industrie, deutlich geringer aus. Laut IW Köln erwarten deutschlandweit 52 % der befragten Verbände für 2025 einen Arbeitsplatzabbau in ihren Mitgliedsunternehmen.

Die Zahlen deuten darauf hin, dass die Mehrheit der Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern ihre Belegschaft stabil halten möchte, was angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten als positives Zeichen gewertet werden kann.

Dennoch ist der überproportional gewachsene Anteil auch der hiesigen Unternehmen, die einen Stellenabbau erwarten, ein Warnsignal. Auch wenn für Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft nicht mit den Beschäftigungsrisiken stark industrialisierter Regionen zu rechnen ist, müssen die aktuellen Zeichen für Stellenabbau in einigen Branchen auch hierzulande alle Alarmglocken läuten lassen!

Angesichts der Beschäftigungserwartungen zeichnen sich verschiedene Strategien der Unternehmen ab:

- **Stabilisierung der Belegschaft:** Viele Unternehmen versuchen, ihre Kernbelegschaft zu halten, um Kompetenzen und Know-how im Unternehmen zu bewahren.
- **Flexibilisierung:** Einige Unternehmen setzen verstärkt auf flexible Beschäftigungsmodelle, um auf Auftragsschwankungen reagieren zu können.
- **Qualifizierung:** Investitionen in die Weiterbildung bestehender Mitarbeiter gewinnen an Bedeutung, um den sich wandelnden Anforderungen gerecht zu werden.
- **Gezielte Rekrutierung:** Trotz allgemeiner Zurückhaltung bei Neueinstellungen suchen viele Unternehmen gezielt nach Fach- und Arbeitskräften in Schlüsselpositionen.
- **Digitalisierung der Arbeitsprozesse:** Unternehmen investieren in digitale Technologien, um Effizienzsteigerungen zu erzielen und den Personalbedarf zu optimieren.

Entscheidend für die weitere Beschäftigungssicherung in Mecklenburg-Vorpommern wird sein, wie schnell und vor allem wie wirksam die Landespolitik die hiesigen Unternehmen entlasten kann.

Der Verband der privaten **Pflegeunternehmen (bpa, Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste)** kritisiert im Zusammenhang mit der dringend notwendigen Fachkräftezuwanderung:

„Besonders hervorheben möchten wir die Rolle der Ausländerbehörden in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist erschreckend, dass in einem strukturschwachen Land, welches zum Erhalt des Wohlstands auf Fachkräfteeinwanderung angewiesen ist, die zuständigen Behörden den Eindruck erwecken, als seien sie vornehmlich mit der Verhinderung von Einwanderung beschäftigt. In diesem Feld brauchen wir keine Verhinderungsbehörden, sondern Ermöglichungsbehörden. Dieser Geisteszustand blieb auch im Jahr 2024 aus.“ (Dietmar Schmidt, Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle)

Die **Arbeitsmarktdienstleister** verweisen insbesondere auf „die nicht geklärte Haushaltslage im Bund sowie die daraus folgende Handlungsunfähigkeit nachgeordneter Behörden (Arbeitsverwaltung, BAMF), die einen sehr schweren Jahresstart erwarten lässt.“ (Torsten Edlich, Landesverband des **RdA Ring der Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister**)

Der **Einzelhandel** warnt: „Durch die erwarteten schlechteren Betriebsergebnisse könnte sich auch bei mehr als einem Drittel der Betriebe die Mitarbeiterzahl reduzieren. Nur 15 Prozent der Betriebe planen Neueinstellungen. Ursächlich dafür sind auch deutlich gestiegene Lohnnebenkosten. Angeregt wird eine Erhöhung der Zuverdienstgrenzen, auch bei ‚Aufstockern‘.“ (Ramona Arfert, **Bund der Kaufleute e.V.**)

Für die **Metall- und Elektroindustrie** bleibt der Fachkräftemangel wie die Rekrutierung von Nachwuchs weiter ein großes Problem. „Nach unserer Einschätzung verliert er nur angesichts der Wirtschaftskrise an Schärfe“, konstatiert **NORD-METALL**-Präsident Folkmar Ukena.

Die **Hotel- und Gaststättenbranche** schätzt ein: „Neben der wirtschaftlichen Unsicherheit und der abermalig widerrechtlichen und entgegen anderslautenden Versprechen angedachten politischen Einflussnahme auf den gesetzlichen Mindestlohn, die zusätzliche Neueinstellungen verhindern werden, schlägt auch der Fach- und Arbeitskräftemangel in den Erwartungen der gastgewerblichen Unternehmen durch. Die Prognosen für die Beschäftigungsentwicklung im personalintensiven Gastgewerbe sind nicht gut.“ (Matthias Dettmann, Hauptgeschäftsführer des **DEHOGA MV**)

Für die **Baustoffindustrie** schätzt Bert Vulpus, Geschäftsführer des **UVMB** Unternehmerverbandes Mineralische Baustoffe e.V. ein: „Erstmals seit Jahren ist ein Abbau von Personal nicht mehr abgeschlossen.“

Optimisten:

- Groß- und Außenhandel (teilweise)

Pessimisten:

- Bauwirtschaft
- GALA-Bau
- teilweise: HOGA
- Automatenwirtschaft
- M+E-Industrie

4. Investitionen

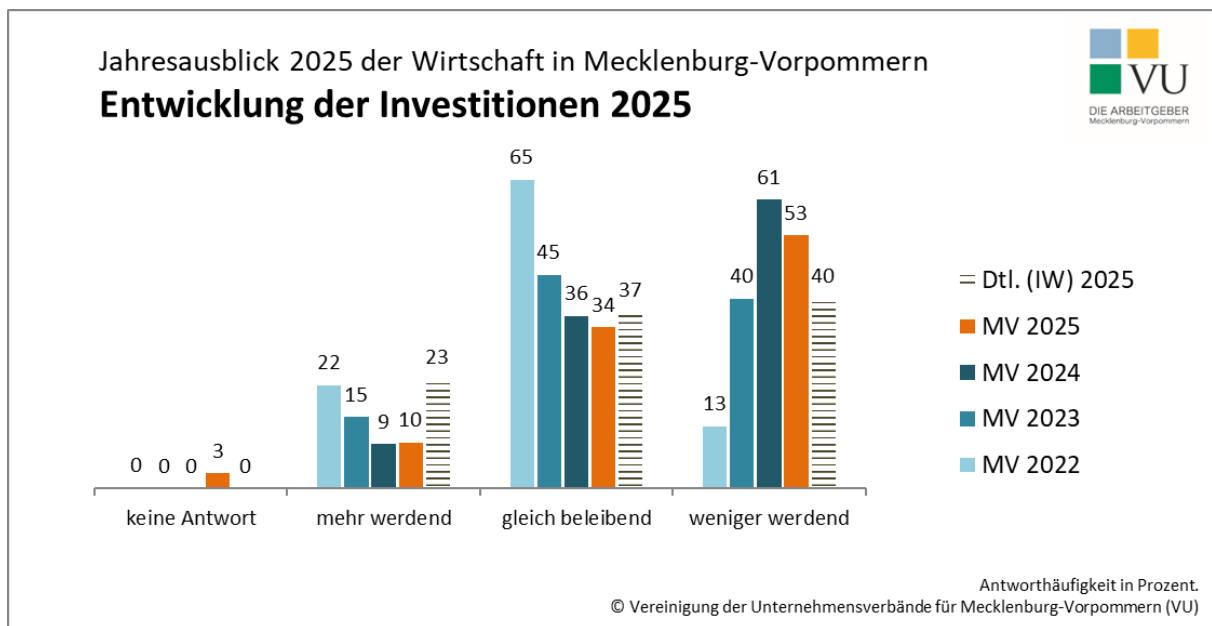


Abbildung 4: Entwicklung der Investitionen 2025

Seit drei Jahren nachlassende Investitionen

Die Investitionsneigung der Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2025 zeigt eine deutliche Zurückhaltung, was derzeit auf eine ausgeprägte Vorsicht bei größeren finanziellen Engagements hindeutet.

Nachdem im letzten Jahr die Investitionsneigung bereits nachließ, stagnieren die Absichten für Investitionen und Neuanschaffungen im aktuellen Jahresausblick nun nochmals deutlich. Auffällig ist offenbar die Unsicherheit vieler Unternehmen, die sich in 3 Prozent fehlender Antworten ihrer Verbände ausdrückt.

Die signifikante Investitionszurückhaltung lässt sich auf die unsicheren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die gedämpften Geschäftserwartungen zurückführen.

Laut Bert Vulpius, Geschäftsführer des **UVMB** werden die Investitionen der Unternehmen in der **Baustoffwirtschaft** in Anlagen und Geräte geringer ausfallen oder nicht getätigt.

Für die **Tourismuswirtschaftsbranche** erklärt Matthias Dettmann, Hauptgeschäftsführer des **DEHOGA MV**: „Schlechte wirtschaftliche Aussichten, stagnierende bzw. schrumpfende Wirtschaftsleistung und die Unsicherheiten der

politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, Europa, ja der ganzen Welt, führen aus eigenen wirtschaftlichen Zwängen (Kostensteigerungen, Zinsanstieg, sinkende Erträge) zu rückläufigen Investitionen.“

Im **Einzelhandel** planen laut Ramona Arfert, Geschäftsführerin des **Bund der Kaufleute** ein Drittel der Betriebe mehr Investitionen als 2024. Etwa die Hälfte der Betriebe wird weniger investieren als 2024. Das liegt an bereits durchgeführten Investitionen oder an den zu erwartenden geringeren Betriebsergebnissen im Jahr 2025.

Optimisten:

- UV HRO (teilweise)
- Einzelhandel (teilweise)

Pessimisten:

- Arbeitsmarkt-DL
- Gebäudeausrüster
- Automatenwirtschaft
- Baustoffwirtschaft
- Pflegebranche (teilweise)
- Tourismuswirtschaft

5. Zusatzfrage 1: Welche der folgenden Maßnahmen muss eine neu gewählte Bundesregierung zuerst in Angriff nehmen?



Abbildung 5: Ranking dringender Maßnahmen einer neu gewählten Bundesregierung

Entlastung von Bürokratie steht an erster Stelle

Auf die Frage „Welche der folgenden Maßnahmen muss eine neu gewählte Bundesregierung zuerst in Angriff nehmen?“ ergibt sich für die befragten Wirtschaftsverbände eine eindeutige Rangfolge.

Bürokratieabbau wird als dringlichste Maßnahme angesehen, was auf den hohen administrativen Aufwand und die daraus resultierenden großen Belastungen hindeutet, die die Unternehmen derzeit täglich bewältigen müssen.

Planungssicherheit und Verlässlichkeit folgen dicht dahinter, was die Bedeutung eines stabilen wirtschaftlichen Umfelds für Unternehmensentscheidungen unterstreicht.

Die Senkung der Energiepreise wird als dritte Priorität genannt, was die anhaltende Belastung durch hohe Energiekosten widerspiegelt.

Investitionsanreize und Fachkräftezuwanderung werden zwar als weniger dringlich eingestuft, bleiben aber sehr wichtige Themen für die mittel- und langfristige Entwicklung der Wirtschaft.

Diese Priorisierung gibt der Politik klare Handlungsempfehlungen für die Unterstützung der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Aus Sicht der **Tourismuswirtschaft** müssen die Rahmenbedingungen für das Gastgewerbe verbessert werden. „Neben der Rückkehr zu 7 Prozent Mehrwertsteuer auf Speisen bedarf es u.a. einer Flexibilisierung des starren Arbeitszeitgesetzes, weiterer Absenkung der bürokratischen

Hürden beim Zuzug in Arbeit aus Drittstaaten und einer spürbaren Entlastung bei den bürokratischen Fesseln, die die Wirtschaft lähmen. Dass die neue Bundesregierung sich an die Regelungen im Mindestlohngesetz hält und eine politische Einflussnahme auf die Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes unterlässt, ist für uns politische Verlässlichkeit.“ (Matthias Dettmann, Geschäftsführer des **DEHOGA MV**)

Vertreter des **Einzelhandels** schätzen ein: „Die aufgeführten Maßnahmen werden sehr unterschiedlich betrachtet. Anreize für Investitionen sind nach Meinung der befragten Unternehmen weniger erforderlich, als die Senkung der Energiepreise.“ (Ramona Arfert, Geschäftsführerin des **Bund der Kaufleute**)

Die **Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleistungsunternehmen** kritisieren: „Die unklaren politischen Rahmenbedingungen führen zu großer Verunsicherung. Hier ist es insbesondere die nicht geklärte Haushaltslage im Bund sowie die daraus folgende Handlungsunfähigkeit nachgeordneter Behörden (Arbeitsverwaltung, BAMF), die einen sehr schweren Jahresstart erwarten lässt. Wenn in Talkshows Politiker der Meinung sind, dass eine vorläufige Haushaltsführung für Deutschland nicht so schlimm sei, dann mag das für die Gehälter im öffentlichen Dienst zutreffen, nicht aber für die Handlungsfähigkeit der Wirtschaft, die in vielfältiger Weise mit öffentlichen

Haushalten verknüpft ist. (Torsten Edlich, Landesverband des **RdA Ring der Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister**)

Der Landesverband der privaten **Pflegeunternehmen (bpa)** erklärt; „Neben den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist inzwischen insbesondere der Personalmangel bei Behörden bei gleichzeitigem Unwillen, Bürokratieabbau zu betreiben, das größte Hemmnis für Investitionen in die Pflegeinfrastruktur im Land.“

Durch die schleppende Bearbeitung von Anträgen zum Beispiel auf Hilfe zur Pflege, Verweigerung der Refinanzierung von Investitionskosten berichten uns bundesweit agierende Träger inzwischen häufig, dass sie trotz steigender Bedarfe davon absehen in Mecklenburg-Vorpommern zu investieren. (Dietmar Schmidt, Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle)

Die **gebäudetechnischen Handwerker** kritisieren: „Wir brauchen dringend verlässliche und gleichbleibend kalkulierbare Rahmenbedingungen, neue Investitionsanreize und deutliche Entlastung bei Bürokratie und Energiekosten“, sagte **VgH**-Verbandspräsident Olaf von Müller.

Bert Vulpius, Geschäftsführer des **UVMB Unternehmensverbandes Mineralische Baustoffe** erklärt: „Seit Jahren wird über den Bürokratieabbau gesprochen, es wird aber immer mehr Bürokratie, auch Brüssel leistet dazu seinen Beitrag. Selbst kleine Unternehmen (die gesetzlich nicht verpflichtet sind) müssen sich inzwischen der CSR-Nachhaltigkeitsberichtserstattung stellen, weil sie sonst als Zulieferer in der Lieferkette von berichtspflichtigen Unternehmen nicht mehr liefern können. Banken verlangen auf der Grundlage der Taxonomie-Verordnung ebenfalls derartige Berichtserstattungen, sonst wird es schwierig, einen Kredit zu bekommen.“

Auch kleine und mittelständische Unternehmen, die zum Beispiel die Deutsche Bahn beliefern, müssen ab 2025 Nachhaltigkeitsbewertungen mit definierten Mindestanforderungen vorlegen. Ein gültiges Rating darf für einen Vertragsschluss mit der Deutschen Bahn maximal 6 Monate alt, die verwendeten Daten höchstens 2 Jahre alt sein. Das heißt, dass notwendigen Bewertungen von den Unternehmen ständig erneuert werden müssen.“

6. Zusatzfrage 2: Welche Schulnoten würden Sie der Landesregierung für deren Unterstützung der Wirtschaft in MV geben?

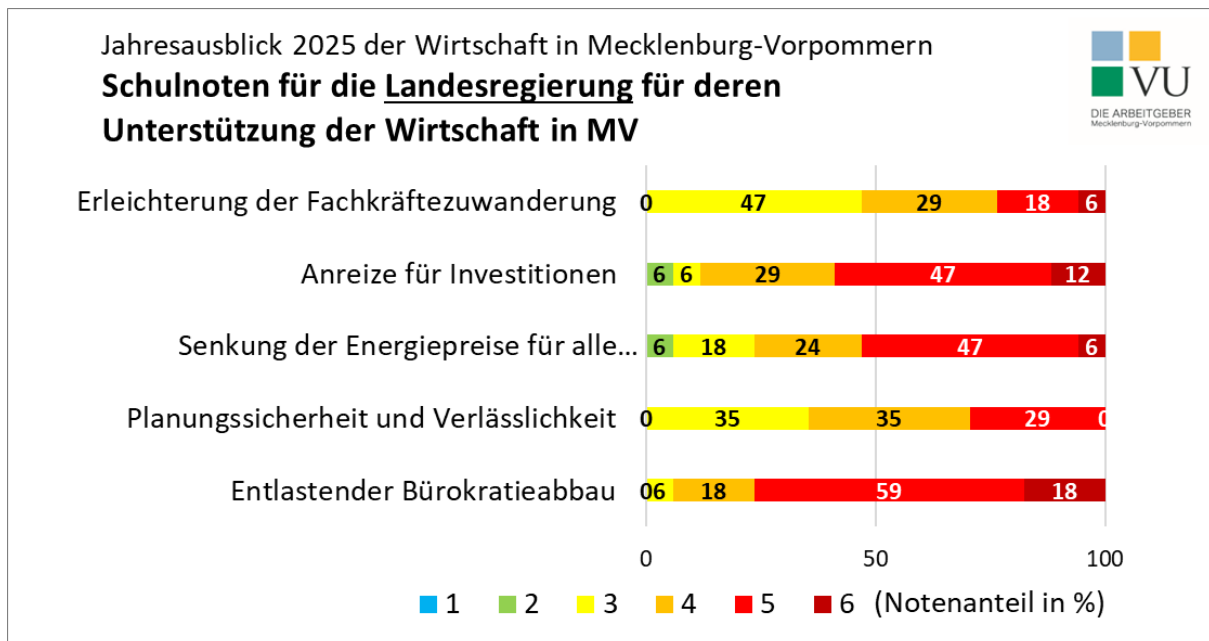


Abbildung 6: Benotung der Wirtschaft für die Landesregierung

Wenig gute Noten von der Wirtschaft für die Landesregierung

Die durchschnittliche Benotung der Landesregierung durch die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern fällt kritisch aus:

- **Entlastender Bürokratieabbau: Note 4,9**
- **Planungssicherheit und Verlässlichkeit: Note 4**
- **Senkung der Energiepreise: Note 4,3**
- **Anreize für Investitionen: Note 4,5**
- **Erleichterung der Fachkräftezuwanderung: Note 3,8.**

Diese Bewertungen lassen sich aus Sicht der Vereinigung der Unternehmensverbände (VU) wie folgt interpretieren:

Der **Bürokratieabbau** wird am schlechtesten bewertet. Die Unternehmen sehen hier den größten Handlungsbedarf und sind mit den bisherigen Bemühungen der Landesregierung sehr unzufrieden.

Die Schaffung von **Investitionsanreizen** erhält ebenfalls eine sehr schlechte Bewertung. Dies deutet darauf hin, dass die Unternehmen die Unterstützung der Landesregierung bei Investitionen als unzureichend empfinden.

Die Entwicklung der **Energiepreise** wird ebenfalls kritisch gesehen. Die Unternehmen sind mit den

bisherigen Maßnahmen zur Entlastung bei den Energiekosten nicht zufrieden.

Planungssicherheit und Verlässlichkeit sowie die Erleichterung der **Fachkräftezuwanderung** erhalten zwar etwas bessere, aber immer noch unterdurchschnittliche Noten. Hier sehen die Unternehmen zwar Fortschritte, aber weiterhin Verbesserungsbedarf.

Basierend auf diesen Bewertungen lassen sich folgende **Schlussfolgerungen** ziehen:

Sowohl Bundes- als auch Landesregierung müssen dringend sichtbare und vor allem wirksame Maßnahmen zum **Bürokratieabbau** ergreifen. Dies sollte höchste Priorität haben, um die Unternehmen zu entlasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Es bedarf einer Überarbeitung der Investitionsförderung. Die Landesregierung sollte **branchendifferenzierte Investitionsanreize** schaffen und bestehende Programme evaluieren und verbessern.

Die Energiepolitik des Bundes muss überdacht werden. Gemeinsam mit dem Bund müssen dringend Maßnahmen zur **Senkung der Energiepreise** für Unternehmen entwickelt und umgesetzt werden.

Die Bemühungen zur **Verbesserung der Planungssicherheit** und zur Fachkräftegewinnung

sollten intensiviert werden, auch wenn hier bereits erste Fortschritte erkennbar sind. Zum Beispiel macht die Entwicklung einer Zuwanderungsstrategie gute Fortschritte.

Insgesamt muss die Landesregierung den **Dialog mit der Wirtschaft verstärken** und ihre Unterstützungsmaßnahmen besser auf die Bedürfnisse der Unternehmen abstimmen.

Bert Vulpius, Geschäftsführer des **UVMB Unternehmerverbandes Mineralische Baustoffe** erklärt in diesem Zusammenhang:

„Eine Bewertung ist schwierig, da nicht alles von der Landesregierung zu verantworten ist. Ich sehe aber unter der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Lage keine landespolitischen Aktivitäten, die zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft beitragen.“

- Zur Verbesserung der Investitionsbedingungen könnte beispielsweise die Grunderwerbssteuer gesenkt werden, was nicht passiert. Hätte positive Effekte für Unternehmen und Bürger in M-V.
- Was gut funktioniert hat und positiv herausgestellt werden muss, ist die schnelle und rechtssichere Genehmigung der LNG-Terminals. Klagen vor den BVerwG sind damit gescheitert.
- Auch wenn die Strompreise gesunken sind, sind sie international nicht wettbewerbsfähig. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit muss der Maßstab sein und nicht die Höchstpreise der vergangenen 2 Jahren.

Es ist nicht erkennbar das Land und die Kommunen verstärkt in Infrastruktur investieren, obwohl dies notwendig wäre. Das wäre eine Möglichkeit, um die Bauindustrie als einen Motor der Wirtschaft anzukurbeln. Monika Brüning, Regionalleiterin des **Unternehmerverbandes Nord-**

deutschland Mecklenburg-Schwerin erklärt: „Investitionen von Bestandsunternehmen oder Neu-Ansiedlungen – so sehr erwünscht im Rahmen der Industriestrategie MV - werden nur bis zum Anbieten und Verkauf von Grundstücken unterstützt. Die Rahmenbedingungen sind jedoch nicht empfehlenswert und wettbewerbsfähig. Selbst wenn sich Unternehmen noch für eine Investition in Deutschland oder gar MV entscheiden, bereuen sie spätestens nach Erwerb des Grundstückes, sich für einen Standort hier entschieden zu haben. Schleppende Genehmigungen für den Bau und den Betrieb, sich dadurch permanent erhöhende Kosten, versteckte bzw. bei Kauf nicht benannte Kosten, fehlende Infrastruktur (ÖPNV, Wohnungsangebot), fehlendes Angebot an Fachkräften und anderes mehr zeigen, dass das Marketing für MV nicht ausreicht, wenn danach die Bedingungen sehr schwierig werden. [...]“

Insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen mit ihren typischen Gesellschaftsformen wird durch steigende Gewerbesteuern und weiteren Erhöhungen aller Art am meisten aufgebürdet. Die politischen Vertreter sollten die Wirtschaftslage und auch die Wirtschaftsstruktur unserer Region berücksichtigen und die Belastungen nicht weiter anheben. Die Wirtschaft benötigt dringender denn je Unterstützung seitens Politik und das Freihalten jedweder zusätzlichen Belastung. Firmenabwanderungen oder das Ausweichen bei Neuansiedlungen in das Umland auf Grund zu hoher Kosten (z.B. bei der Gewerbesteuer) wären daher dringend zu vermeiden. [...]

Wir appellieren daher an die Abgeordneten, weit-sichtig zu agieren, anstatt für den kurzen Effekt des Stopfens sich stets neu auftuender Haushaltslöcher, Steuer- und Abgabenerhöhungen als einzige Lösung anzusehen“.

7. Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2025

Branche	Stimmung	Umsatz	Beschäftigte	Investitionen
Bildungs- und AM-Dienstl.	☹	↘	→	↘
Baustoff-/Rohstoffindustrie	☹	↘	↘	↓
Ernährungswirtschaft	😊	→	→	→
Einzelhandel	☹	↘	→	→
Groß- und Außenhandel	☹	→	→	→
GaLaBau	😊	↘	→	→
Gebäudetechn. Handwerk, Haus- und Energietechnik	😊	↘	→	↘
Metall- und Elektroindustrie	☹	→	→	→
Pflegebranche	😊	→	→	↘
Tourismuswirtschaft/ Freizeitwirtschaft	☹	↘	↘	↘
Gesamt	☹	↘	➔	↘
	Überwiegend schlechte Stimmung	Verhaltene Geschäftserwartungen	Beschäftigte halten!	Gebremste Investitionen

Abbildung 7: Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2025

Stimmung: ☺ = besser ☹ = genauso ☹ = schlechter

Umsatz / Beschäftigte / Investitionen:

↑ = stark ansteigend ↗ = ansteigend → = konstant ↘ = zurückgehend ↓ = stark zurückgehend

8. Zusammenfassung und Fazit

Die Ergebnisse der VU-Verbändenumfrage für den Jahresausblick 2025 zeichnen ein komplexes Bild, das von Herausforderungen und wenig Optimismus geprägt ist. Die Stimmung unter den Unternehmen bleibt überwiegend pessimistisch, mit nur geringfügigen Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Zahlen deuten darauf hin, dass die Mehrheit der Unternehmen ihre Belegschaft stabil halten möchte, was angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten als positives Zeichen gewertet werden kann. Dennoch ist der überproportional gewachsene Anteil der Unternehmen, die einen Stellenabbau erwarten, ein Warnsignal.

Die Mehrheit der befragten Verbände erwartet für 2025 eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation oder bestenfalls eine Stagnation. Besonders betroffen sind Branchen wie die Baustoffwirtschaft, die Tourismuswirtschaft und der Einzelhandel. Die Gründe hierfür sind vielfältig:

- Anhaltend hohe Energie- und Materialkosten
- Investitionshemmende Rahmenbedingungen
- Zunehmende bürokratische Belastungen
- Unsicherheiten bezüglich politischer Entscheidungen

Die Unternehmen sehen sich mit zahlreichen gravierenden **Risiken** konfrontiert:

Beschäftigungsabbau: Ein Drittel der befragten Verbände schließt Entlassungen in den Unternehmen nicht mehr aus. Betroffene Unternehmen würden dadurch wertvolle Kompetenzträger verlieren bei gleichzeitigem Risiko, die freien Stellen später nicht adäquat nachbesetzen zu können. Allerdings bleiben die diesbezüglichen Erwartungen weit unter den bundesweiten Prognosen. Abzuwarten bleibt, ob freiwerdende Fach- und Arbeitskräfte dann in anderen Unternehmen und Branchen ohne lange Fehlzeiten passende Stellen in MV finden würden. Die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung muss hier frühzeitig in Abstimmung mit den Sozialpartnern und der Regionaldirektion Nord der BA die Weichen stellen. Die Gefahr des Verlustes von Fach- und Arbeitskräften an benachbarte Bundes- und/oder EU-Länder darf nicht unterschätzt werden.

Produktionsverlagerungen: Mehr Unternehmen als je zuvor denken über Produktionsverlagerungen ins Ausland nach, insbesondere in der M+E-Branche. Damit könnten nicht nur unmittelbar betroffene Arbeitsplätze, sondern auch andere Unternehmen innerhalb von Wertschöpfungsketten sowie wichtige Lieferbeziehungen in den jeweiligen Regionen in Gefahr geraten.

Konsumrückgang: Der DEHOGA MV befürchtet gravierende Auswirkungen auf das Konsumklima durch drohende Arbeitsplatzverluste, Werkschließungen und Insolvenzen in vielen Wirtschaftsbereichen.

Stimmung weiterhin im Tief

Beschäftigung soll stabil bleiben, aber erste Warnsignale für den Arbeitsmarkt

Anhaltende wirtschaftliche Herausforderungen

Enorme Risiken für die Wirtschaft

Steigende Kosten: Die nächste Runde der CO₂-Besteuerung 2025 wird zu weiter steigenden Preisen führen, was zusätzlichen Druck auf die Unternehmen ausübt.

Fach- und Arbeitskräftemangel: Der Fach- und Arbeitskräftemangel bleibt auch im Jahr 2025 ein zentrales Problem.

Trotz der überwiegend pessimistischen Stimmung in der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns lassen sich aus den Umfrageergebnissen einige **Chancen** für Unternehmen ableiten:

Auch Chancen und Potenziale in der Krise

Energiewende: Einige Branchen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, zeigen sich robust gegenüber den allgemeinen Trends. Die Energiewende bietet Wachstumspotenzial für Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, die in diesem Sektor tätig sind oder ihre Geschäftsmodelle darauf ausrichten.

Digitalisierung: Unternehmen investieren verstärkt in digitale Technologien, um Effizienzsteigerungen zu erzielen und den Personalbedarf zu optimieren. Die Digitalisierung von Arbeitsprozessen kann zu Kosteneinsparungen und Wettbewerbsvorteilen führen.

Qualifizierung: Investitionen in die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen an Bedeutung, um den sich wandelnden Anforderungen gerecht zu werden.

Unternehmen, die gezielt in die Qualifizierung ihrer Belegschaft investieren, können sich einen Wettbewerbsvorteil verschaffen und den Fach- und Arbeitskräftemangel teilweise kompensieren.

Flexibilisierung: Einige Unternehmen setzen verstärkt auf flexible Beschäftigungsmodelle, um auf Auftragsschwankungen reagieren zu können. Diese Flexibilität kann in Krisenzeiten von Vorteil sein und die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen erhöhen.

Regionale Wirtschaftskreisläufe: Die aktuellen Krisen bieten die Chance, regionale Lieferketten und lokale Produktionsstrukturen zu stärken. Dies kann die Resilienz der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern erhöhen und neue Geschäftsmöglichkeiten für lokale Unternehmen schaffen.

Die Landespolitik muss umgehend Maßnahmen ergreifen, um die Standortbedingungen für Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern.

Erwartungen an die Landespolitik:

1.1. Abbau bürokratischer Hürden dringend forcieren. Bürokratieabbau wird von den Unternehmen und ihren Verbänden als vordringlichste Maßnahme angesehen, was auf den hohen administrativen Aufwand und die daraus resultierenden großen Belastungen hindeutet, die die Unternehmen derzeit täglich bewältigen müssen. Gemeinsam mit der Wirtschaft sollte der begonnene Austausch der Landesregierung zum Bürokratieabbau deutlich intensiver und ergebnisorientierter werden. Mindestens halbjährlich sollten

1. Dringende Verbesserung der Standortbedingungen

gemeinsame Zwischenbewertungen und Ableitungen von Schlussfolgerungen und nächsten Maßnahmen erfolgen.

1.2. Schaffung investitionsfreundlicherer Rahmenbedingungen.

Insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen mit ihren typischen Gesellschaftsformen wird durch steigende Gewerbesteuern und weiteren Erhöhungen aller Art am meisten aufgebürdet. Die Wirtschaft benötigt dringend Unterstützung seitens der Politik und das Freihalten jedweder zusätzlichen Belastung. Firmenabwanderungen oder das Ausweichen bei Neuansiedlungen in das Umland auf Grund zu hoher Kosten (z.B. bei der Gewerbesteuer) sind entgegenzuwirken.

1.3. Energiepreise senken. Weitere Anstrengungen bei der Bewältigung hoher Energiekosten durch Einwirkung auf eine neue Bundesregierung, um Steuern und Abgaben auf den Strompreis deutlich zu senken.

2.1. Verbesserung der **Bildungsinfrastruktur**, insbesondere schnelle Anpassung der Berufsschulinfrastruktur und eine schnellere Nutzung digitalisierter Bildungsinhalte und -methoden.

2.2. Erleichterung der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte durch alle Ressorts der Landesregierung. Insbesondere im Bereich der Fachkräftezuwanderung ist ein Umdenken bei den Ausländerbehörden notwendig. Diese sollten als "Ermöglichungsbehörden" agieren, nicht als "Verhinderungsbehörden".

2.3. Die derzeitige Entwicklung einer **Zuwanderungsstrategie** für Mecklenburg-Vorpommern auf Vorschlag der Arbeitgeber ist ein wichtiger Schritt. Dessen Umsetzung wird voraussichtlich eine große gemeinsame Herausforderung für Politik und Wirtschaft.

3.1. Förderprogrammen für digitale Investitionen. Hier sollte die Landesregierung verstärkt die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen, zum Beispiel durch eine Neuaufgabe der DigiTrans-Förderung.

3.2. Förderung der Transformation. Hier bieten sich Ansatzpunkte für eine gezielte Wirtschaftsförderung, besonders in der maritimen Zulieferwirtschaft, die sich derzeit in einem massiven Diversifizierungs- und Transformationsprozess befindet. Neben maritimen Produkten sind immer stärker Leistungen und Produkte für die Erneuerbaren Energien im Fokus. Hier gilt es auch, die Unternehmen aus MV auf der Bundes- und EU-Ebene weiter zu unterstützen.

3.3. Ausbau der digitalen Infrastruktur. Insbesondere im ländlichen Raum muss die digitale Infrastruktur forciert ausgebaut werden, um auch hier gute Voraussetzungen für die nachhaltige Nutzung wirtschaftlicher Chancen durch Digitalisierung zu schaffen.

3.4. Digitale Kompetenzen fördern. Gerade im Zuge von Transformation und verstärktem Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) in kleinen

2. Fokus auf Fach- und Arbeitskräftesicherung und -gewinnung

3. Unterstützung bei der digitalen Transformation

und mittleren Unternehmen gilt es, die Anpassung älterer Mitarbeiter zu fördern. Die kürzlich gestarteten ersten Ideenwettbewerbe für Weiterbildungsverbände sollten in enger Abstimmung mit den Arbeitgeberverbänden begleitet, unterstützt und ausgewertet werden.

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Graf-Schack-Allee 10 a • 19053 Schwerin

Telefon: 0385 6356 201, Telefax: 0385 6356 151

E-Mail: matschenz@vumv.de , Internet: www.vumv.de

Stand: 09.01.2024

Autor: Jens Matschenz, VU-Geschäftsführer Wirtschaft und Arbeit und Berufsbildung

